



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Brandenburg: Bund muss Förderungslücke schnell schließen – Sonderbauministerkonferenz beantragt

27.01.2022 Fachinformation

Brandenburgs Bauminister Guido Beermann warnt nach dem vorläufigen Stopp der KfW-Förderung für effiziente Gebäude durch den Bund vor gravierenden Folgen für den Wohnungsbau. Die derzeitige Förderungslücke soll zumindest in Teilen durch ein Übergangsprogramm der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) überbrückt werden. Notwendig ist aber dringend eine verlässliche Lösung auf Bundesebene. Die ILB erarbeitet derzeit ein Überbrückungsförderprodukt in Form eines Darlehens. Die genauen Förderkonditionen werden von der ILB rechtzeitig bekannt gegeben.

Beermann fordert gemeinsam mit Bayern und Nordrhein-Westfalen die kurzfristige Einberufung einer Sonder-Bauministerkonferenz.

„Das ist eine Rolle rückwärts wenn es darum geht, bezahlbaren und klimagerechten Wohnraum zu schaffen“, gibt Beermann zu bedenken. Durch die nun wegfallende Förderung ist zusätzlich zu den gestiegenen Materialpreisen mit Finanzierungslücken für Bauherren zu rechnen. Für besonders energieeffiziente Gebäude sind höhere Investitionen, zum Beispiel in eine sparsame Haustechnik oder in energiesparende Baustoffe notwendig. „Sie können nun nicht mehr durch Fördermaßnahmen des Bundes abgedeckt werden. Das wird sichtbare Konsequenzen für den Wohnungsbau haben, der damit erheblich an Wirtschaftlichkeit verlieren wird“, sagt Beermann. Auch im sozialen Wohnungsbau drohen deutliche Konsequenzen. Die Förderung von energieeffizienten Gebäude durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) so überstürzt auszubremsen, bewertet Beermann deshalb als falschen Schritt. „Wenn wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen wollen und gleichzeitig genügend bezahlbarer Wohnraum entstehen soll, braucht es Planungssicherheit und eine attraktive Förderung des Bundes. Hier wurde die Vertrauensbasis beschädigt.“

„Damit ist Brandenburgs Förderbank Vorreiter in Deutschland und kann Bauherren im Land kurzfristig unterstützen. Das ist aber nur eine Teillösung für den Übergang und wird die ausbleibende Unterstützung des Bundes nicht vollständig ersetzen“, sagt Beermann. Er appellierte an den Bund, hier zeitnah eine gangbare und vollwertige Lösung zu finden. Darüber hinaus müsse zeitnah eine Sonder-Bauministerkonferenz einberufen werden.